

„Viele haben uns gehasst.“

David Lange ist ein vergessener Pionier
des Neoliberalismus.

Vor 20 Jahren verordnete er Neuseeland, dessen
Premierminister er war, eine Rosskur.
Ein Gespräch über Konsequenz und den Mut
zum politischen Genickbruch.

Text und Foto: Ingo Petz

Herr Lange, Sie stehen bis heute für die radikalsten neoliberalen Reformen, die ein westliches Land je unternommen hat. Die Generation der 30-Jährigen, die heute mit den Folgen leben muss, kennt Ihren Namen kaum noch. Ein gutes oder schlechtes Zeichen?
Lange: Ich denke, ein gutes. Die Reformen sind akzeptiert.

Wann wussten Sie, dass Ihre Regierungszeit anders verlaufen würde, als Sie sich das vorgestellt hatten?

In der Nacht zum 14. Juli 1984, als wir die Regierung übernahmen, bekam ich die Nachricht, dass eine wirtschaftliche Katastrophe für Neuseeland bevorstehe. Am nächsten Tag traf sich das Kabinett, und mir wurde klar, dass wir etwas sehr Drastisches unternehmen mussten.

Kam die Erkenntnis wirklich so überraschend?

Natürlich wussten wir grundsätzlich um die Notwendigkeit von Reformen. Neuseeland war noch nicht in der modernen Welt angekommen. Ich bin in sehr sicheren Verhältnissen aufgewachsen. Es gab eine Garantie auf Arbeit, und der Staat war der größte Arbeitgeber mit einem sehr dichten sozialen Netz. Aber auf diesem Ruhekitz konnten wir uns nicht ewig ausruhen. 1984 hatte Neuseeland eine Preis-, Lohn-, Einfuhr- und Währungskontrolle. Das war doch keine Freiheit.

Ihre Wähler waren von den drastischen Maßnahmen nicht begeistert. Politisch ist es natürlich schwer, zu sagen: Hey Leute, leider ist unsere Währung um 25 Prozent überbewertet, und nun müssen wir euren Wohlfahrtsstaat zerschlagen. Glücklicherweise haben wir eine unabhängige Situationsbeschreibung von der Weltbank bekommen. Zudem half uns der alte Premier Robert Muldoon, der dem Volk in Fernsehansprachen klar machte, dass etwas unternommen werden müsse. Das war wichtig. Das Problem bei Reformen ist immer der politische Aspekt. Ökonomisch war uns klar: Wir müssen das und das tun, um wieder an Fahrt zu gewinnen.

Was waren die ersten Schritte?

Innerhalb von drei Jahren haben wir Neuseeland dem freien Markt ausgesetzt, Lohn- und Preiskontrollen abgeschafft und uns so eine Basis geschaffen, von der aus wir über die Zukunft des Landes nachdenken konnten. Das größte Problem lag dann aber 1987 noch vor uns: Die alte Regierung hatte die Landwirtschaft in einem wahnsinnigen Ausmaß subventioniert – die Bruttolöhne wurden zu 38 Prozent bezuschusst. Kein Wunder, dass der Steuersatz bei mehr als 60 Prozent lag. Die Agrarwirtschaft ist der wichtigste Sektor Neuseelands – hier werden zwei Drittel aller Einkünfte erwirtschaftet. Einen solchen Sektor zu subventionieren ist volkswirtschaftlich gesehen ein Desaster. Die Bauern bekamen Geld, damit ihre Schafe geschlachtet wurden. Das ist doch bizarr. Am Ende des Jahres haben wir die Subventionen einfach abgeschafft, ohne eine Übergangslösung. Das war überaus radikal.



„Wir waren naiv“, sagt der Radikal-Reformer heute.

Bei der Steuerreform gab es auch keine Kompromisse.

Stimmt. Wir haben den Höchststeuersatz halbiert. Aber das war ein Beispiel für eine positive Reform, weil die Menschen davon profitiert haben. Da konnten wir auch die Mehrwertsteuer einführen, um die Ausfälle zu kompensieren. Die ist einfach zu erheben und ohne großen Kostenaufwand zu verwalten. Den Menschen gefiel die Mehrwertsteuer allerdings nicht. An diesem Punkt war schon die Grenze des politisch Akzeptierbaren erreicht. Dennoch: Australien brauchte 14 Jahre, um die Mehrwertsteuer einzuführen, und Kanadas Regierung brach zusammen, nachdem sie sie eingeführt hatte. Bei uns funktionierte sie sofort.

Wurde Ihnen angesichts der Opfer der Veränderungen nicht mulmig?

Der Preis war hoch, vor allem die Landwirtschaft wurde von einer großen Depression befallen. Menschen haben sich umgebracht oder verließen das Land. Das war furchtbar. Aber nach und nach bekamen wir mehr Unterstützung in der Provinz, denn auch die Bauern hatten irgendwann verstanden, dass die Zeit der Subventionen vorbei war, dass sie ihr Geld selbst verdienen mussten. Sie begriffen, dass das bisherige Ausmaß an sozialer Sicherheit sie und ihre Schafe früher oder später nicht mehr schützen, sondern umbringen würde.

1987 wurden Sie wiedergewählt, Ihr Reformkurs bestätigt.

Dann aber kam der Einbruch der Börse, der für uns besonders verhängnisvoll war. Mit der neuen Krise mussten wir große Teile der Staatsbetriebe verkaufen, die die größten Arbeitgeber waren. Und wir haben für sie in Neuseeland keine Abnehmer gefunden, weil hier kein Kapital vorhanden war. Also mussten wir sie an Ausländer verkaufen. Die darauf folgenden Massenentlassungen und Umstrukturierungen verursachten große Revolten gegen die Regierung. Wir gaben das Familiensilber an Fremde ab – das wollten die Menschen nicht mehr akzeptieren.

Fehlte Neuseeland die Erfahrung einer freien Marktwirtschaft, die eine solche Krise hätte auffangen können?

Wir verstanden erstmals, welchen Wert ein starkes Unternehmertum hat. 1987 hatten wir doch keine Ahnung von Unternehmen. Alles war reguliert, selbst die Einfuhr von Zeitschriften oder Kaffee. Wir waren doch vollkommen naiv.

1988 verordneten Sie dem Land eine Pause und stoppten die Reformen. Sie überwarfen sich mit Ihrem radikalen Finanzminister Roger Douglas, der noch weiter gehen wollte.

Roger Douglas war nicht der radikale Ökonom, als der er immer porträtiert wird. Douglas war ein Politiker, mit sehr vielen guten und praktischen Ideen. Er wollte das Land noch radikaler und schneller verändern. Aber wenn wir das getan hätten, dann hätte sich die Labour-Partei gleich auflösen können, weil die Menschen nicht mehr mitgemacht hätten.

Richard Prebble, einer Ihrer damaligen Minister, empfahl jedem, der Reformen durchführen muss, es schnell zu tun und nicht auf Lobbyisten zu hören, sondern auf Experten.

Das meine ich auch. Aber: Das Wichtigste an einer Reform ist ihre politische Akzeptanz. Die lieben Wirtschaftstheoretiker mögen gute Ideen haben, aber eine demokratische Gesellschaft ist keine Knetmasse, die man so formen kann, wie es den Eliten gerade in den Kopf kommt. Eine Reform muss von der Mehrheit verstanden werden, sonst gibt es keine Reformen. Ende aus.

Hat sich eigentlich mal jemand bei Ihnen bedankt?

Was glauben Sie denn? Viele haben uns gehasst.

Kein Dankeschön? Schließlich haben Sie Neuseeland wieder flottgemacht.

Dankbarkeit kann in solch einer außergewöhnlichen Lage, die außergewöhnliche Maßnahmen erfordert, niemand verlangen. Wir waren Sklaven unserer Zeit. Da hatte es meine Nachfolgerin Helen Clark viel einfacher, als sie 1999 an die Macht kam. Neuseeland hatte gute Wirtschaftsdaten und erlebte einen Aufschwung. Mit einer solchen Basis konnte man politisch arbeiten. Wir dagegen hatten vor dem Abgrund gestanden. ►

Der Job des Reformers ist also einer auf Zeit?

Menschen brauchen eine Pause. Als Thatcher zu übermütig wurde, hat man sie bestraft. Und ich musste 1989 auch zurücktreten, weil sich in der breiten Bevölkerung niemand mit Reformen beliebt machen kann. Niemand!

Auch nicht, wenn das Ergebnis positiv ist?

Reformen sind zunächst negativ für die Öffentlichkeit, weil sie Bestehendes verändern. Das Positive kommt später.

In Ihrer Labour-Partei und auch bei Helen Clark sind Sie bis heute als neoliberaler Neandertaler verschrien. Im vergangenen Jahr wurde Ihnen von Clark dennoch die Aufnahme in den Orden Neuseelands angetragen – weil Zeit die Wunden heilt?

Ja, so kann man sagen. Natürlich ist es für Labour und Clark nicht einfach, da sie mit dem Erbe der Reformen arbeiten müssen.

Clark hat einige Ihrer Reformen wieder rückgängig gemacht ...

Moment: Keine der Reformen wurden wirklich rückgängig gemacht. Ja, das Arbeitslosengeld stieg, aber nur gemäß der Inflation.

Und die Gewerkschaften dürfen wieder Tarifverträge aushandeln.

Das war nicht unsere Reform. Die Beseitigung der Gewerkschaften war das Werk der Nationalen Partei 1991. Und dafür ist sie später bestraft worden.

Es gibt also nicht mehr soziale Sicherheit als zu Ihrer Zeit?

Die soziale Sicherheit hat drastisch abgenommen – aber die Fähigkeit, damit umzugehen, hat zugenommen. Gehen Sie mal auf die Straße und fragen Sie die Menschen. Die junge Generation kann mit der Situation umgehen.

Waren Ihre Reformen erfolgreich?

Ja, unbedingt. Und wissen Sie, warum? Weil uns sonst das Land um die Ohren geflogen wäre. In der Retrospektive waren wir sicherlich zu kompromisslos und zu schnell. Aber damals mussten wir schnell handeln, und wir haben gehandelt.

Experten kritisieren, dass die Wirtschaft trotz der Reformen nicht besonders stark wächst, dafür aber die Kriminalität. Außerdem klappt die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinander.

In allen freien Marktwirtschaften wächst die Kriminalität und auch der Unterschied zwischen Reich und Arm, was nicht schön ist. Das sind aber keine unmittelbaren Auswirkungen unserer Reformen. Die Wirtschaft hätte sich ohne unsere Reformen gar nicht mehr entwickelt. Es kann immer besser sein, aber immer auch viel, viel schlechter. Ein Beispiel: Ich bezahle für einen Arztbesuch nur noch fünf Dollar, weil ich in einer privaten Kasse bin. Das wäre vor 1984 nicht möglich gewesen. Das macht der freie Markt.

Den sich nicht jeder leisten kann.

Moment. Es gibt eine staatlich garantierte Grundversorgung. Und noch mal: Hätte, sollte, müsste. Es ist sehr einfach zu urteilen, im Nachhinein. Ich bezweifle, dass es irgendjemand besser gemacht hätte.

Gefällt Ihnen das Land, in dem Sie heute leben?

Natürlich. Wir sind erwachsen geworden. Frauen haben mehr zu sagen, wir können in der Außenpolitik mithalten, wir haben ein aufstrebendes Unternehmertum. Das alles gibt mir ein besseres Gefühl. Neuseeland ist ein selbstbewusstes und freies Land geworden.

Auch die deutsche Regierung diskutiert heute über radikale Reformen. Hätten Sie ein paar Tipps?

Mut ist der Schlüssel. Und Schnelligkeit. Man kann und sollte nicht immer auf alle hören. Konsens bringt nicht immer die richtige Lösung. Außerdem sollten sich Politiker für das Leben nach der Politik absichern. Wenn eine Krise da ist, dann braucht sie eine kritische Analyse, womöglich eine radikale Reform. Der Politiker muss sich entscheiden, ob er es für das Land tut oder für sich. Wenn er es für das Land tut, muss er bereit sein, sich politisch das Genick zu brechen. Wer an Macht denkt, dem ist sowieso nicht mehr zu helfen. ■

David Lange,

Jahrgang 1942, arbeitete nach seinem Jurastudium unter anderem als Rechtsanwalt. 1977 wurde er für die Labour Party ins Parlament gewählt, 1983 an die Spitze der Partei und der damaligen Oppositionsfraktion. Nach dem Wahlsieg wurde er 1984 Regierungschef. Lange machte nicht nur mit seinem radikalen Reformprogramm, sondern auch außenpolitisch Schlagzeilen: Die von ihm geführte Regierung verbannte 1984 alle mit Atomwaffen ausgerüsteten Schiffe und Flugzeuge von neuseeländischem Territorium. 1987 wurde der Premier wiedergewählt, im August 1989 trat er zurück, 1996 verließ er auch das Parlament in Auckland. Im vergangenen Jahr wurde Lange wegen seines Anti-Atom-Engagements mit einem der Alternativen Nobelpreise ausgezeichnet.